

Die Pflege bleibt eine Baustelle

Annette Widmann-Mauz referiert beim Burladinger VdK

Annette Widmann-Mauz, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, eröffnete die sozialpolitische Vortragsreihe des Burladinger VdK mit einem Referat zum Thema Pflegeversicherung.

VERA BENDER

Burladingen. Mit Widmann-Mauz habe man „eine der kompetentesten Fachfrauen zum Thema Pflegeversicherung“ in Burladingen, freute sich VdK-Vorsitzender Jens Meißner. Er und seine Vorstandskollegen wissen aus der täglichen Beratungspraxis, wie wenig Informatio-

Einnahmen noch die Ausgaben, versicherte Widmann-Mauz. Sie erläuterte, dass die weitere Vorgehensweise im Parlament sehr genau durchdacht werden müsse.

Denn die Prognose hält weitere Hiobsbotschaften parat. So werden in 40 Jahren etwa vier Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig sein, also doppelt so viele wie heute. Ein Großteil dieser Pflegebedürftigen wird an Demenz leiden. Gibt es heute etwa eine Million demente Menschen, so werden es in 20 Jahren schon etwa 1,7 Millionen sein. „Die Gesellschaft muss sich darauf vorbereiten“, mahnte die parlamentarische Staatssekretärin und erläuterte weiter, dass laut Umfrage nur etwa fünf

forschung voranzutreiben und Versorgungsketten aufzubauen. Außerdem muss laut Widmann-Mauz die Attraktivität des Pflegeberufes deutlich gesteigert werden. Momentan arbeiten 810000 Menschen in Deutschland in pflegenden Berufen, von denen über 70 Prozent weiblich sind. Nur 30 Prozent der Pflegekräfte sind derzeit ambulant tätig. Außerdem macht sich Widmann-Mauz für eine Reduzierung der Bürokratie sowie für die Stärkung der Rechte und Absicherung pflegender Angehöriger stark.

Den Zuhörern war klar, dass sich die Situation mit jedem Jahr verschlechtert, schließlich nimmt aufgrund des demographischen Wandels die Zahl der Erwerbstätigen stetig ab und die Zahl der Pflegebedürftigen zu. In der Frage- und Diskussionsrunde, die sich an den Vortrag anschloss, bemängelten die Gäste unterschiedlichen Alters vor allem den „unmöglichen Ton“, den man sich von mehreren Seiten meist bieten lassen müsse, sobald ein Pflegefall in der Familie eintrete. „Von was wollen wir noch sparen?“ lautete ein anderer Vorwurf an die Politiker im Allgemeinen. Profitieren Besserverdienende am Ende mehr als sozial Schwache? Die Ängste wurden deutlich. Doch Widmann-Mauz versicherte, man werde sich all dieser Probleme annehmen.

Beispielsweise müsse man das Monopol des medizinischen Dienstes der Kassen aufheben und mehr Wettbewerb zulassen. Außerdem sei man dabei, ein Arbeits- und Lohnsystem ähnlich der Altersteilzeit für pflegende Angehörige einzuführen. Darüber hinaus müsse die Pflegeberatung der Krankenkassen verbessert werden, forderte die Bundestagsabgeordnete, die im Übrigen auch auf die Pflegestützpunkte als erste Anlaufstelle verwies. Diese ist freilich im Zollernalbkreis noch nicht eingerichtet. Dafür können Hilfesuchende jeden ersten Freitag im Monat beim VdK im Burladinger Bahnhof vorstellig werden.



Der Burladinger VdK-Vorsitzende Jens Meißner mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz, die die Vortragsreihe eröffnete. Foto: Bender

nen die Bürger haben und wie kompliziert die Antragsformulare sind.

„Die Menschen sollen keine Angst haben müssen, ein Pflegefall zu werden“, stellte die Referentin gleich zu Beginn fest. Allerdings wurden bei so manchen der rund 50 Zuhörer im „Kleineschle“ Sorgenfalten auf der Stirn sichtbar. Denn die Fakten sind besorgniserregend. Die Mittel der 1997 eingeführten Pflegeversicherung werden bis in drei Jahren auf eine Mindestreserve geschrumpft sein. Bis 2014 decken die

Prozent der pflegebedürftigen Menschen in ein Pflegeheim wollen. In der Folge werden nicht nur mehr Pflegekräfte benötigt, sondern auch flexiblere Angebote wie Wohngruppen geschaffen werden müssen.

Aufgabe des Gesetzgebers sei es unter anderem, den Begriff der Pflegebedürftigkeit unter Berücksichtigung des Grades der Selbstständigkeit neu zu definieren, Verträge anzupassen und Übergangsregelungen zu schaffen, eventuell weitere Pflegestufen einzuführen, die Alters-